

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 2,50 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, voraussetzend Einzelne Nachzahlungen. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1,50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 RM, für das übrige Ausland 4 RM monatlich. Bestellungen nehmen an: Börsenpl. 10, Berlin, C. G. Schmidt & Co. in die Post-Zeitungs-Vertriebsstelle.
 Erscheinung täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt für die siebengehaltene Kolonnenzeile 40 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf. (zuzüglich 2 Pf. für die Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 25%. Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Vereinsanzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestimmt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonnabend, den 24. November 1917. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Duchonin für Waffenstillstand.

Eine Tat für den Frieden!

Der Oberbefehlshaber der russischen Armee, General Duchonin, hat, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, auf wiederholte dringende Aufforderung der Petersburger Regierung an die Befehlshaber der feindlichen wie der alliierten Heere ein formuliertes Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet.

Damit ist die gestern von W. L. B. verbreitete Meldung, Duchonin habe den Petersburger Auftrag abgelehnt, überholt. Der russische Oberbefehlshaber hatte sich anfänglich allerdings geweigert, dem Befehl des „Rates der Volkskommissäre“ nachzukommen, er hat sich aber dann ihrem energischen Friedenswillen gebeugt.

Es entspricht dem ihm erteilten Auftrag, wenn er sich mit seinem Entwurf eines Waffenstillstandes nicht nur an die Gegner, sondern auch an die Alliierten gewendet hat. Das Ziel des „Rates der Volkskommissäre“ ist Waffenstillstand auf allen Fronten und sofortige Einleitung von Verhandlungen zum Abschluß eines allgemeinen demokratischen Friedens. Die Absicht ist klar, und die Nachhaber der Entente, die sich eben erst für den Krieg bis zu Ende ausgesprochen, haben allen Grund, vor der russischen Friedensrevolution die größte Beunruhigung zu empfinden. Sie werden daher bemüht sein, die Wiener Meldung solange wie möglich zu unterdrücken. Aber schon meldet der „Tag“ aus Lyon große Volkskundgebungen für den Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen.

Eine Regierung, deren Gewissen rein ist, hat von dem russischen Vorgehen nichts zu fürchten. Es scheint uns Pflicht, in diesem Augenblick das Zeugnis für die deutsche Regierung abzulegen, daß sie ernstlich und ehrlich den Frieden im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli will, auf einer Grundlage also, die sich mit der russischen nahezu vollständig deckt. Möge sie auch nur diesen Willen kräftig in Erscheinung treten lassen, dann wird sie, wie immer es kommen mag, auf die Unterstützung des ganzen Volkes rechnen können. Zu kleinlichen Bedenken ist diese Stunde nicht geeignet, sie fordert feste Entschlüsse und klaren Handel von jedermann.

Noch immer ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch diesmal wieder alles ins Wasser fällt und daß die russische Friedensregierung zum Unglück für ganz Europa von der Gegenrevolution gestürzt wird. Noch spricht auch die weitaus größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Kriegsfackel im Westen weiter brennen wird, wenn sie auch im Osten erlischt. Man hüte sich vor überhöhten Hoffnungen, denen dann eine desto tiefere Enttäuschung folgen würde!

Das deutsche Volk aber hat heute ein Recht, zu verlangen, daß von der Regierung alles geschieht, was geeignet ist, den Krieg, wäre es auch nur vorläufig an einer Front, zum Abschluß zu bringen. Wenn die deutsche Regierung ihre Schuldigkeit tut, wie es das Volk nach den drei Jahren der schwersten Prüfung verlangt und erwartet, dann mag kommen, was will, für die Zukunft des deutschen Volkes wird nichts zu fürchten sein!

machen würden, aber auch solche, derenwegen wir vielleicht nicht weiterkämpfen werden. Der Punkt des Vorschlags, der die Geheimverträge betrifft, nimmt Bezug nur auf Verträge, welche Annerkennung und Kontributionen bezwecken. Handelsverträge bleiben in Kraft. Die Waffenruhe wird allen Völkern vorgeschlagen; ihre Dauer will allen Ländern ermöglichen, Bedingungen auszuarbeiten, aber auch der Gegenvorschlag kürzerer Waffenruhe müßte angenommen werden.“

Die Dänen für einen internationalen Sozialistenkongreß.

Stockholm, 23. November. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die dänische Sozialdemokratie fordert das Internationale Sekretariat auf, unverzüglich eine allgemeine Sozialistenkonferenz einzuberufen, auch wenn sie unvollständig sein würde. Der Vorschlag weist auf die realen Möglichkeiten eines Sonderfriedens hin. Der internationale Sekretär Duhomsmaus telegraphierte nach London und Paris und ersuchte um eine Gegenüberstellung der englischen und französischen Sozialisten.

Friedensdebatten in Wien und Budapest.

Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten.
 (Die Debatte hat vor dem Bekanntwerden der Meldung der „Neuen Freien Presse“ stattgefunden. Red. d. „Vorwärts“.)

Wien, 23. November. Abgeordnetenhause. Der Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler beantwortete die Anfrage der Sozialdemokraten und anderer Abgeordneten bezüglich des russischen Waffenstillstandes folgendermaßen:

Auf Grund von Mitteilungen des Ministers des Äußern ist bis zur Stunde kein Waffenstillstandsangebot an der Ostfront erfolgt. Sollte ein solches erfolgen, so wird die I. und II. Regierung dasselbe sofort gemeinsam mit den Bundesgenossen einer wohlwollenden Prüfung unterziehen und annehmbare Vorschläge würden angenommen werden. (Zwischenrufe.)

Der Minister des Äußern fügte jedoch bei, daß die in Übung befindlichen ungeklärten Verhältnisse im russischen Reich noch nicht klar erkennen lassen, ob die Friedenspartei tatsächlich ihren Willen durchsetzen können. Ich bitte das Hohe Haus, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. (Zustimmung.)

Der Ministerpräsident erklärte ferner auf Anfragen, er sei nicht nur berechtigt, sondern auch moralisch verpflichtet gewesen, dem ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zu kennzeichnen, den die österreichische Regierung in den von ihm aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen einnehme. Er sei hierzu um so mehr verpflichtet gewesen, als einzelne österreichische Parteien einen Standpunkt verträten, der tatsächlich mit der Integrität des staatsrechtlichen Aufbaues Ungarns und insbesondere mit den dualistischen Verhältnissen zwischen den beiden Staaten der Monarchie in Widerspruch stehe. Was die Verfassungsfrage anbelangt, so werden unbedingt festzuhalten sein: 1. Die Wahrung der Einheit des österreichischen Staates. 2. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen eines jeden Kronlandes. Etwas anderes habe er auch dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht mitgeteilt. Was endlich die von Seiten der ungarischen Regierung aufgeworfene Frage des staatlichen Schutzes der Integrität Ungarns anlangt, so stellt der Ministerpräsident fest, daß die von dem Österreichischen an den ungarischen Justizminister gerichtete Note nichts anderes enthalte als die Mitteilung, daß bezüglich der Frage, ob dieser staatliche Schutz nach dem geltenden Rechte gegeben ist, zunächst der oberste Gerichts- und Kassationshof um Gutachten ersucht wurde. (Beifall und Händeklatschen.)

Der Ministerpräsident erklärte ferner auf Anfragen, er sei nicht nur berechtigt, sondern auch moralisch verpflichtet gewesen, dem ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zu kennzeichnen, den die österreichische Regierung in den von ihm aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen einnehme. Er sei hierzu um so mehr verpflichtet gewesen, als einzelne österreichische Parteien einen Standpunkt verträten, der tatsächlich mit der Integrität des staatsrechtlichen Aufbaues Ungarns und insbesondere mit den dualistischen Verhältnissen zwischen den beiden Staaten der Monarchie in Widerspruch stehe. Was die Verfassungsfrage anbelangt, so werden unbedingt festzuhalten sein: 1. Die Wahrung der Einheit des österreichischen Staates. 2. Die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen eines jeden Kronlandes. Etwas anderes habe er auch dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht mitgeteilt. Was endlich die von Seiten der ungarischen Regierung aufgeworfene Frage des staatlichen Schutzes der Integrität Ungarns anlangt, so stellt der Ministerpräsident fest, daß die von dem Österreichischen an den ungarischen Justizminister gerichtete Note nichts anderes enthalte als die Mitteilung, daß bezüglich der Frage, ob dieser staatliche Schutz nach dem geltenden Rechte gegeben ist, zunächst der oberste Gerichts- und Kassationshof um Gutachten ersucht wurde. (Beifall und Händeklatschen.)

Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 23. November. In einer Sitzung des Finanzausschusses erklärte Ministerpräsident Dr. Bekerle auf eine Anfrage betreffend das russische Friedensangebot folgendes:

Wir haben keine unmittelbare Verbindung mit Rußland, sondern erhalten die Nachrichten teils über Stockholm, teils über andere skandinavische Länder. Die in den heutigen Blättern enthaltene Nachricht hat bisher keine amtliche Bestätigung erfahren. Jedenfalls müssen wir uns Sicherheit verschaffen in der Richtung, ob derjenige, mit welchem wir verhandeln, eine Macht von dauerndem Charakter vertritt. Abgesehen davon wird natürlich Friedensbereitschaft unser Vorgehen leiten.

Waffenstillstand und Reichsleitung

Eine Frage der Kompetenzen.

Die Zustimmung gegen mich, welche die höhern militärischen Kreise aus dem österreichischen Kriege mitgebracht hatten, dauerte während des französischen Fortschritts nicht von Mollat und Roon, aber von den „Halbgöttern“, wie man damals die höhern Generalstabsoffiziere nannte. Sie machte sich im Feldzuge für mich und meine Beamten bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartierung fühlbar. Sie würde noch weiter gegangen sein, wenn sie nicht in der sich immer gleichbleibenden, weltmännischen Höflichkeit des Grafen Rottke ein Korrektiv gefunden hätte. Roon war im Felde nicht in der Lage, mir als Freund und Kollege Beistand zu leisten; er bedurfte im Gegenteil schließlich in Versailles meines Beistandes, um im Kreise des Königs seine militärischen Ueberzeugungen geltend zu machen.“

Schon bei der Abreise nach Köln erfuhr ich durch einen Zufall, daß beim Ausbruch des Krieges der Plan festgestellt war, mich von den militärischen Beratungen auszuschließen. Ich konnte das aus einem Gespräch des Generals v. Roddebski mit Roon entnehmen, dessen unwillkürlicher Ohrenzeuge ich dadurch wurde, daß es in einem Nebencoupe stattfand, dessen Scheidewand von einer breiten Öffnung über mir durchbrochen war. Der Erstere äußerte laut seine Befriedigung, etwa in dem Sinne: „Diesmal ist also dafür gesorgt, daß uns dergleichen nicht wieder passiert.“ Bevor der Zug sich in Bewegung setzte, hörte ich genug, um zu verstehen, welches „damals“ im Gegensatz gegen diesmal der General im Sinne hatte, nämlich meine Beteiligung an militärischen Beratungen in dem böhmischen Feldzuge und besonders die Aenderung der Marschrichtung auf Brezburg anstatt auf Wien.“

Die durch diese Reden gekennzeichnete Verabredung wurde mir praktisch wahrnehmbar; ich wurde nicht nur zu den militärischen Beratungen nicht zugezogen, wie 1866 geschehen war, sondern es galt mir gegenüber strenge Geheimhaltung aller militärischen Maßregeln und Absichten als Regel. Dieses Ergebnis der unfern amtlichen Kreise innewohnenden Rivalität der Ressorts war ein so augenfälliger Schaden für die Geschäftsführung, daß der in Angelegenheiten des Roten Kreuzes im Hauptquartier anwesende Graf Eberhard Stolberg bei der freundschaftlichen Intimität, in der ich mit diesem, leider zu früh verstorbenen Patrioten stand, den König auf die Unzulänglichkeiten der Ausschließung seines verantwortlichen politischen Ratgebers aufmerksam machte. Nach dem Zeugnisse des Grafen hatte Ge. Majestät darauf erwidert: „Ich sei in dem böhmischen Kriege in der Regel zu dem Kriegsrat zugezogen worden, und es sei dabei vorgekommen, daß ich im Widerstreit mit der Majorität den Rat auf den Kopf getroffen hätte; daß das den andern Generalen ärgerlich sei und sie ihr Ressort allein beraten wollten, sei nicht zu verwundern“ — ipsissima verba regis (eigene Worte des Königs), nach dem Zeugnisse des Grafen Stolberg nicht nur mir, sondern auch andern gegenüber. Das Maß von Einfluß, welches der König mir 1866 verliehen hatte, stand allerdings im Widerstreit mit militärischen Traditionen, sobald der Ministerpräsident allein nach den Absichten der Uniform klassifiziert wurde, die er im Felde trug, als Stabschef eines Kavallerieregiments; und es blieb 1870 mir gegenüber bei dem militärischen Vorkopf, wie man heute sagen würde.“

Wie man die Theorie, welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll, so ausdrücken kann: der Minister der auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Kaminstempel zu schließen, so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regierung eines kriegsführenden Staates auch nach andern Richtungen zu sehen hat, als nach dem Kriegsschauplatz. Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegsführung sein. Die Wege und Mittel der letztern werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern oder auf solche verzichten, ob man Standfestig und auf wie lange gewinnen will.“

Noch schwerer wirkt in gleicher Richtung die Frage, ob und aus welchen Motiven andere Mächte geneigt sein könnten, dem Gegner zunächst diplomatisch, eventuell militärisch bei-

Die Auffassung Lenins.

Hoffnung auf die Völker.

Stockholm, 23. November. (Sig. Drahtbericht des „Vorw.“) Auf dem Sowjetkongreß am 8. November sagte Lenin, den Text der Friedenskundgebung erläuternd: „Wir werden uns ebenso an die Regierungen wie an die kriegsführenden Völker wenden. Beschränkung auf die Regierungen könnte nur die Kriegsdauer verlängern. Während der Waffenruhe besprochene Bedingungen sollen der Konstituante vorgelegt werden. Wir verhehlen uns nicht den Widerstand der imperialistischen Regierungen, hoffen aber auf ihre Arbeiterklassen.“ Auf Einwendung eines Delegierten, daß ein Widerspruch darin liege, daß die Kundgebung bestimmte Bedingungen proklamiere und gleichzeitig die Bereitschaft ausspreche, auch andere Vorschläge zu diskutieren, erwiderte Lenin: „Es ist möglich, daß die Regierungen uns nicht antworten, aber alle sollen wissen, daß wir kein Ultimatum stellen, welches die Abweisung des Vorschlags erleichtern würde; wir sind bereit, jeden Gegenvorschlag zu erwägen, aber das heißt nicht, ihn anzunehmen; es gibt Vorschläge, welche den Kampf bis ans Ende notwendig

zuteilen, welche Aufgabe die Vertreter einer solchen Einmischung haben, an fremden Völkern ihren Zweck zu erreichen, wie die Parteien sich gruppieren würden, wenn es zu Konferenzen oder zu einem Kongresse käme, ob Gefahr vorhanden, daß aus der Einmischung der Neutralen sich weitere Kriege entwickeln. Namentlich aber zu beurteilen, wann der richtige Moment eingetreten sei, den Uebergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen. Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Risikoburg 1866 beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Kompetenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeführung entschieden werden kann; der kompetente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rat erteilen, wenn er Kenntnis von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegführung hat."

Es ist Bismarck, der so spricht. Er spricht gegen jene alldeutschen Blätter, welche die Wichtigkeit unserer Feststellung betonen, daß die Frage des Waffenstillstandes eine Angelegenheit der politischen Reichsleitung ist. Aus dieser nun wohl nicht mehr bestreitbaren Feststellung folgt aber auch, daß die Beratung oder Beeinflussung der Presse in dieser Frage, soweit eine solche überhaupt stattfinden darf, eine Aufgabe der politischen Reichsleitung und nicht der obersten Heeresleitung ist. Man stelle sich einmal vor, daß die Presse in den Jahren 1866 und 1870 ein Instrument in der Hand jener Herren gewesen wäre, die Bismarck mit der Respektlosigkeit, die er sich erlauben durfte, die „Halbgötter“ nennt! Man stelle sich vor, diese „Halbgötter“ hätten zu entscheiden gehabt, welche Nachrichten in die Presse gelangen durften und welche nicht!

Es ist sehr merkwürdig, daß gerade jene Politiker, deren Ideal der eiserne Kanzler ist, in der Jetztzeit für einen wächsernen Schwärmer, der ins Schaufenster gestellt wird, um mit dem Kopf zu nicken. Es sind das dieselben Herren, die den „Vorwärts“ des gefährlichsten Umsturzes bezichtigten, als er unter den Aufgaben der neuen Regierung auch eine genauere Abgrenzung der politischen und der militärischen Kompetenzgrenzen nannte. Wir glauben, daß die in der letzten Zeit zutage getretenen Prümler diese Aufgabe als ebenso dringend erscheinen lassen wie eine andere, mit ihr unmittelbar in Verbindung stehende: die Aufhebung der politischen Zensur!

Deutschland und das englische Zarenmärchen.

W. Z. V. meldet aus Aalen:
 Der „Vorwärts“ hat mit Bezug auf das Waffenstillstandsangebot der Sowjetregierung eine Meldung der „Daily News“ aus Petersburg angezogen, worin es heißt, in Petersburg würden Nachrichten verbreitet, daß Deutschland auf das Telegramm des Sowjets, in dem dieser den Frieden forderte, mit der Erklärung geantwortet habe, Deutschland könne lediglich nach Wiederherstellung der Monarchie oder nach dem Zustandekommen der geschehenden Versammlung mit Aufstand verhandeln.

Eine Erklärung der deutschen Regierung, wie sie die „Daily News“ macht, ist selbstverständlich nicht erfolgt. Es ist ein unvermeidbar fehlerhafter Grundgedanke der deutschen Regierung, sich in der inneren Verhältnisse der feindlichen Staaten nicht einzumischen. Das ist auch offen von maßgebender Stelle deutlich ausgesprochen worden.

(Diese offiziöse Erklärung entspricht den gestern von uns ausgesprochenen Erwägungen.)

Sicherungen der Revolution. Die Ordnung in Petersburg.

Stockholm, 23. Nov. (Sig. Drahtber. d. „Vorwärts“.)
 In Petrograd ist die vollkommene Ordnung durch das Militär gesichert. In den Straßen sind überall Plakate angebracht, auf welchen für den Fall, daß Unordnungen eintreten, die Telephonnummern der zuständigen Kommissariate angegeben sind. Gegen diejenigen, welche auffässig werden, sind strenge Strafen angedroht. Die Zeitungen publizieren Dekrete, welche große Fürsorge der Regierung für das Wirtschaftsleben aufweisen. Ein zunächst dreimonatiges Moratorium für Mieter sechsmonatig wurde angeordnet. Zur Unterstützung der Behörden in der Ernährungsfrage und zur Ausforschung der Hamster wurden Mieterorganisationen geschaffen. Die Regierung publiziert auch alltäglich in den Zeitungen eine offene und klare Darstellung der Ernährungsfrage, der vorhandenen Vorräte und der verfügbaren Waggons. Beispielsweise waren am 13. November 140 000 Pnd an Nahrungsmitteln vorhanden, die für 4 1/2 Tage hinreichen. Ein Dekret über den Auktionsverkauf verlangt Vorfrist für die Gehörung der Produktion. Bei Uebertretungen, welche von den Fabrikkomitees mit den Unternehmern vereinbart werden, entscheidet in Streitfällen ein Schiedsgericht. Ueber die in den ersten Kampftagen gegen Kadettenführer verübte Gewalttat wurde eine unabhängige Enquete von sechs amerikanischen Journalisten veranstaltet. Die Untersuchung ergab, daß die Gewalttaten von den Kadettenführern begonnen waren.

Die politische Lage ist noch ungeklärt. Die Internationale sieht die Bemühungen für das Zustandekommen eines homogenen sozialistischen Ministeriums fort. Auch das Menschewilische Zentralkomitee zeigt in der „Rabotschaja Gazeta“ an, daß Unterhandlungen in dieser Richtung fortgesetzt werden. Dieselbe Nummer dieses Blattes ist aber voll von Angriffen auf die Menschewils. Das Blatt publiziert auch eine Depesche des Chefkommissars des Hauptquartiers, Kereschew, über die Schlacht zwischen einer von der Front zur Unterstützung der Regierung abmarschierten Armee und dieser entgegengegangenen Bolschewiken. Das Treffen fand in Winna bei Moskau statt. Die Bolschewiks wurden geschlagen; 1500 von ihnen fielen. Die Lenin-Regierung lehnte den Vorschlag der Internationale auf dreitägige Waffenruhe ab, weil sie die Heranziehung von Verstärkungen für die Bedroher Petersburgs begünstige.

Unter Stockholmer Mitarbeiter weist zur Frage der sozialistischen Koalition auf folgendes hin: Die Teilnehmerzahl

Vierter englischer Durchbruchversuch bei Cambrai.

Der dritte Tag der Cambraischlacht — Dorf Fontaine von deutscher Seite erobert — Neue Kämpfe bei Moeuvres — Fortschritte im Gebirge zwischen Brenta und Piave.

Amlich. Großes Hauptquartier, 23. November 1917. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern erreichte der Feuerkampf nur in den Nachmittagsstunden größere Stärke.
 Auf dem Schlachtfeld südwestlich von Cambrai waren Moeuvres und Fontaine die Brennpunkte des gestrigen Kampfes.
 Gegen Moeuvres und die westlich anschließenden Stellungen rannte der Gegner mehrfach vergeblich an. Kleinere Anfangserfolge wurden durch unsere Gegenstöße wettgemacht.



Zu beiden Seiten von Fontaine und aus Fontaine heraus führte der Engländer starke Kräfte gegen unsere Linien vor. Es kam zu erbitterten Nachkämpfen, in denen der Feind unterlag. In angriffsstarkem Draufgehen warf ihn unsere Infanterie zurück und eroberte das Dorf Fontaine. Der Wald von La Folie wurde vom Feinde gesäubert.
 Gegen Rumilly, Banteux und Bendhuille gerichtete englische Angriffe brachen verlustreich zusammen. Niederschläge und wässrige Truppen haben an dem erfolgreichen Ausgang der gestrigen Kämpfe besonderen Anteil.
 Während der Nacht blieb der Artilleriekampf nur in einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes fort. Seit dem frühen Morgen sind am Südrande von Moeuvres neue Kämpfe im Gange.

Heeresgruppe Deutsche Kronprinz.
 Bei guter Sicht lebte das Feuer zwischen Saugailon und Craonne, in der Champagne und auf beiden Maasufeln auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz
Mazedonische Front
 keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.
 Im Gebirge zwischen Brenta und Piave für uns günstig fortschreitende Kämpfe. An der unteren Piave nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

des Sowjetkongresses illustriert die Wichtigkeit der sozialistischen Koalition für die Sicherung gegen die Reaktion. Bei Eröffnung waren 360 Delegierte anwesend, gegenüber 917 auf dem letzten Sowjetkongress; davon waren 250 Bolschewiks, 60 Rechtsmenschenwits, 14 Internationale, 90 Rechts-, 69 Links-Sozialrevolutionäre und 8 Nationalsozialisten, 3 Anarchisten, 20 Parteilose; der Rest ist unregistriert und wahrscheinlich parteilos. Die Menschewils, Nationalsozialisten, Rechts-Sozialrevolutionäre und der große Teil der Internationalen verließen den Kongress. Die „Pravda-Korrespondenz“ schätzt, daß 400 Delegierte an der Kongressarbeit teilnahmen. Der Beschluß, die Staatsgewalt zu übernehmen, wurde gegen 12 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungungen angenommen. Auch diese vermutlich optimistische Schätzung läßt den Einwand zu, daß die Beschlüsse nicht die Mehrheit der Arbeiter- und Bauern-demokratie repräsentieren, wobei anzumerken ist, daß die Gültigkeit der bolschewistischen Mandate bestritten wird.

Die russischen Wirtschaftsbetriebe unter Arbeiterkontrolle.

Dasel, 23. November. Der Erlaß über die Arbeiterkontrolle, die die neue russische Regierung einführen wird und die eine der wichtigsten sozialen Neuerungen darstellt, bestimmt, wie die „Neue Korrespondenz“ aus Petersburg meldet, folgendes:
 Die Kontrolle wird in allen industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Betrieben sowie auch in den Banken eingerichtet und erstreckt sich auf die Produktion, die Aufbewahrung, den Ankauf und Verkauf der Produkte und Rohstoffe. Ohne die Einwilligung der Delegierten und Arbeiter kann ein Unternehmen die Produktion weder einschränken noch ändern. Die Delegierten haben das Recht, die Rechnungsbücher, Dokumente, Depots und Rohmateriallager zu revidieren. Die Beschlüsse der Delegierten sind bindend für die Betreiber aller Betriebe, sie können nur durch Regierungsgelt geändert werden. Die Delegierten sind dem Staate gegenüber für die Ordnung, die Disziplin und die Erhaltung des Eigentums verantwortlich. Personen, die Rohmaterialien verstecken und sich in bezug auf das Eigentum

Abendbericht.

Berlin, 23. November 1917, abends. Amtlich.
 An der Schlachtfeld südwestlich von Cambrai ist ein erneuter englischer Durchbruchversuch unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Im Osten keine größeren Kampfhandlungen. Aus Italien nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. November 1917. (W. Z. V.) Amtlich wiederverlautbart:
 In der unteren Piave blieb die Lage unverändert. Zwischen der Piave und der Brenta verliefen die Kämpfe günstig. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden lösten erfolgreiche Vorstöße unserer Truppen auf Feindesseite zahlreiche mit größter Festigkeit geführte Gegenangriffe aus, die zum Teil durch Feuer, zum Teil im Nahkampf abgewehrt wurden. Die Italiener verloren mehrere tausend Gefangene.
 Dem östlichen Kriegsschauplatz nichts zu melden.
 Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 23. November. (W. Z. V.) Der englische Durchbruchversuch in Richtung Cambrai ist nach dem üblichen ersten zur Regel gewordenen Anfangserfolg trotz gruppenweiser Verwendung starker englischer Divisionen und trotz gruppenweiser Verwendung von mehreren hundert Tanks blutig gescheitert.
 Der dritte Tag dieser Schlacht war ein voller Erfolg der deutschen Truppen. Der Feind versuchte am 22. November sowohl im Norden wie im Süden die Einbruchsstelle durch erbitterte Angriffe neuer Reserven zu erweitern und gleichzeitig in Richtung Cambrai Raum zu gewinnen. Gegen den Ort Moeuvres und die westlich anschließenden Stellungen führte der Feind von 1 Uhr nachmittags ab wiederholte erbitterte starke Angriffe, die meist schon in unserem Feuer verlustreich zusammenbrachen, an einzelnen Stellen im Gegenstoß abgeschlagen wurden. Das Dorf selbst blieb in unserer Hand. Den Hauptangriff führte der Feind südlich des Waldes von Bourlon beiderseits des Ortes Fontaine. Unter außerordentlich hohen Verlusten brachen hier die feindlichen Massenangriffe zusammen. Nach erbitterten Kämpfen stürmten die deutschen Truppen den Ort Fontaine selbst, den die Engländer am Morgen unter schweren Opfern hatten besetzt. Auch weiter südlich gewann unsere Infanterie tapferer Infanterie Gelände und vertrieb den Feind völlig aus dem Wald von La Folie, der voll von Haufen englischer Gefallener ist.
 Im Süden des Hauptkampfes griff der Feind mit starken Kräften gegen Rumilly und Banteux an. Hier scheiterten restlos die englischen Angriffe, wie ebenfalls ein weiter südlich bei Bendhuille geführter Teilangriff. Die Verluste des Feindes an allen drei Kampfplätzen sind außerordentlich schwer. Die neue Offensive der Engländer auf Cambrai ist ein Beweis dafür, daß der englischen Obersten Heeresleitung allmählich die Erkenntnis ausgegangen ist von der Stärke und Unüberwindlichkeit der deutschen Mazedonienfront und der Unmöglichkeit, dort ihr entscheidendes operatives Ziel, die deutsche Hauptbasis, zu erreichen. Sie ist zugleich das Eingeständnis der schweren dauernden Niederlagen, die das an Zahl und Material vielfach überlegene britische Heer in viermonatlichen andauernden Größtkämpfen trotz Einsatzes von weit mehr als 1 1/2 Millionen Mann unter ungeheuren Waffenaufopfern im Kampfe um die deutsche Hauptbasis im flandrischen Sumpfgebiet erlitten hat. Um den Einbruch dieser fortgesetzten Niederlagen abzuwehren, macht die englische Presse mit dem lokalen Geländegewinn in Richtung Cambrai eine alles Maß übersteigende Heilung, die zugleich die wirksamsten Erfolge der Mittelmächte in Italien in den Schatten stellen soll.

Englischer Heeresbericht vom 22. November morgen. Gestern abend bewegten sich unsere Truppen nördlich Cantain (S) vorwärts. Sie griffen das Dorf Fontaine-Notre-Dame an und eroberten es, wobei sie eine Anzahl Gefangene machten. — Abends. Auf dem südlichen Schlachtfeld verbrachten wir den Tag mit Verstärkung der Befestigungen des großen Gebietes. Aber während unsere Truppen während der letzten zwei Tage vorgegangen sind. Dies wurde erfolgreich durchgeführt, außer bei Fontaine-Notre-Dame, welches der Feind durch Gegenangriff wiedereroberte. Sehr verdient haben sich die Transporteinrichtungen gemacht durch die Schnelligkeit, mit welcher die Zusammenziehungen für die Unternehmungen der letzten Tage ausgeführt wurden. Straßen und die Eisenbahnen, sowohl Schmal- wie auch Weitspurbahnen, sind ausgebaut worden und seit dem Vormarsch in einer Weise ausgebaut, die viel zu dem Erfolg unserer Vorbereitungen und der darauf folgenden Unternehmungen beitrug.

betrügerischer Handlungen schuldig machen, werden mit Konfiskation ihrer Güter und mit Gefängnis bedroht. Unternehmern, die bei der Vernachlässigung und Verletzung ihrer Pflichten erfaßt werden, werden mit Haftstrafe bestraft. Kontrollorgane der Arbeiter sind die Fabrikkommissionen, die durch Delegierte der Arbeiter und des technischen Personals verstärkt werden.

Der Erlaß ist von größter Bedeutung. Er greift in die Rechte, die das Privateigentum bisher an Erzeugung und Vertrieb der Güter besaß, mit energischer ändernden Maßregeln ein, die den Willen bezugen, die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe vorzubereiten. Der Erlaß knüpft unmittelbar an die gegenwärtige Notlage an. Solange das private Unternehmertum in den Betrieben autokratisch schalten kann, besteht die Gefahr, daß es seine Macht ausnützt, die Schwierigkeiten der Staatsgewalt, die jetzt das Steuer ergriffen hat, durch Steigerung der wirtschaftlichen Desorganisation bedrohlich zu verschlimmern. Diesem Treiben soll jetzt einiegel vorgehoben werden. Die Aufgabe, die der Arbeiterkontrolle zugewiesen wird, ist ungeheuer. Denn in Russland hat das Unternehmertum, wie in allen andern Ländern der Erde, während der Kriegszeit erschreckend, aber nicht überraschend bewiesen, daß sein Gefühl, Träger gesellschaftlicher Pflichten zu sein, nur eine verflümmerte Existenz führt.

Die Konstituante-Wahlen.

Amsterdam, 23. November. Reuter meldet aus Petersburg: Der Gemeinderat hat Wählerlisten für die Verfassunggebende Versammlung ausgegeben. Es sind 19 Parteien vorhanden. Lenin erließ eine Proklamation, worin er erklärt, daß die gesamte Staatsgewalt in die Hände des Sowjets übergegangen sei, und die Bauernräte auffordert, in ihren Distrikten die Macht an sich zu reißen. Zeitungsanzeigen wurden für Staatsmonopol erklärt.
 Das amerikanische Konsulat in Moskau stellte dem revolutionären Militärtribunal die Notwendigkeit vor, daß sofort Maßregeln zum Schutz des Lebens und des Eigentums der Ausländer getroffen würden.

Neues aus der Technik.

Die Güte der Metallfadendrucklampen wird in weitem Maße von der Beschaffenheit der Glühdrähte bestimmt, die wiederum in erster Reihe von der Art und Weise der Herstellungsverfahren der Drähte abhängt.

Bei den elektrischen Kochgeschirren wird die elektrische Kraft durch einen den Durchgang des Stromes erschwerenden Widerstand in Wärme umgesetzt und diese durch den dabei erzielten Widerstandskörper auf den Kochtopf und die in diesem befindlichen Speisen übertragen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Francé. „Herr von Solms hätte verhaftet werden sollen? Und warum? Davon sagte er mir ja gar nichts!“ fuhr der Graf den die Hände auf dem Rücken haltenden Aktuar an.

Leitungsunterbrechung seine Bewegung noch für eine allerdings nur ganz geringe Bruchteile einer Sekunde dauernde Zeit bei, was sich durch das Ueberpringen von Funken bemerkbar macht.

Bewegungsvorgängen, die sich mit sehr großer Geschwindigkeit abspielen, vermögen unsere Augen nicht schnell genug zu folgen, um ein klares Bild davon aufzunehmen und an das Gehirn weiterzugeben.

Schon lange wurde es als ein Uebelstand empfunden, daß staatlich anerkannte Bildungsinstitutionen für Optiker in Deutschland vollständig fehlen, obgleich gerade dieser Zweig der technischen Wissenschaft bei seiner Wichtigkeit für die Augenheilkunde, die Himmels- und Naturkunde und dergleichen besondere Berücksichtigung verdient.

Der Journalismus im Reformationszeitalter.

Daß die Reformationszeit einen Meilenstein in der Entwicklung des Journalismus darstellt, erläutern die Vortragenden über den Journalismus im Reformationszeitalter, die Paul Kalkoff in den „Deutschen Stimmen“ veröffentlicht.

Zufällig hat ja auch mit Luthers Vorgehen das den Tagesinteressen dienende Christum einen geraden verblüffenden Aufschwung genommen. Alle die Nation beivogenden Fragen wurden in einer Klammern von Wörtern und Schriften behandelt, und die Schriftsteller fanden an Gerechtigkeit, Lebensfähigkeit und Stillständen hinter den Leistungen ihrer modernen Kollegen keineswegs zurück.

Das Jubiläum eines Buches.

Vor fünfzig Jahren, im November des Jahres 1867, hat Wilhelm Raabe in Stuttgart sein Vorwort zu dem damals eben vollendeten Roman „Abu Telfan“, einem seiner schönsten Bücher, geschrieben.

Notizen.

- Theaterchronik. Im Zentraltheater findet Sonntag 7 1/2 Uhr ein Gastspiel des Kassel-Theaters mit Ludwig „Liebe“ statt.
- „Preziosa“ in neuem Gewande, das wird die Dezember-Reihe des Deutschen Opernhauses sein. In vier Akten ohne Pausen soll die neue „Preziosa“ vorgeführt werden.
- Des Nobelpreisträgers Pontoppidan Hauptwerk, dem er nicht weniger als zwanzig Jahre (1878 „Dansk og Gids“) ist im Insel-Verlag erschienen. Andere Werke von ihm gab der Verlag Diederichs heraus, ebenso wie Gjöellerups Werke.
- Die ersten polnischen Briefmarken. Für das neue polnische Reich sollen eigene Briefmarken geschaffen werden. An einem Preisauschreiben beteiligten sich 32 Künstler. Die Ergebnisse des Ausschreibens sind jetzt in Warschau ausgestellt. Die entscheidende Wahl nimmt der Regentenschatzrat vor. Auf der Briefmarke sind der weiße polnische Adler, polnische Landschaften, historische Persönlichkeiten (Sobieski, Kociuszko, Poniatowski), Typen aus der polnischen Armee, aber auch ein pflügender Schatzpflug dargestellt.
- Luftpostverkehr auch in Dänemark. Im Anschluß an die geplanten schwedischen Luftpostlinien soll auch in Dänemark jetzt ein Postverkehr durch Flugzeuge errichtet werden, dessen Stationen Kopenhagen, Odense, Aarhus und Aalborg sein sollen. Man hofft, die Luftstrecke bereits kommenden Frühjahr in Betrieb nehmen zu können.

Stunde Studenten aus und ein, davon einer, der am gleichen Tag in der Wunderkassette, wo der mehrfach erwähnte Peißer gefangen sei, den Oberleutnant Darnisch aufsuchte. Einige Stunden danach war Peißer entsprungen.“

Nichalansky zuckte die Achseln. „Er, Durchlaucht weiß schon davon. Ich komme von Sr. Herzoglichen Gnaden — Sie haben allergnädigst auf dem Morgenritt mit Ihrer Baroness von Dury“ — Morawitzky zuckte zusammen — „mich anzusprechen gerührt und meine Mahnahme gutgeheißen.“

Die gegenrevolutionäre Verschwörung.

Stockholm, 23. Nov. Der Sonderberichterstatter vom Svenska Telegrambyran in Haparanda meldet aus Petersburg: Als Teilnehmer an der gegenrevolutionären Verschwörung sei auch Graf Sumorokoff-Gifon verhaftet, und bei dem Führer der Verschwörung Purischkewitsch sei ein Brief an Kaledin gefunden worden, in dem die verweilte Lage Petersburgs geschildert wurde. Die von Purischkewitsch geleitete Organisation arbeitete unabhängig an der Bildung von Offizier- und Infanterieregimenten aus Offizieren und überlebenden Offizierskadetten als einzigem Mittel, das Land zu retten. Die Verschwörer erwarteten Kaledin in Petersburg und hatten ihn gebeten, mitzuteilen, wann er sich näherte.

Purischkewitsch, einer der Führer der Rechten der letzten Duma, schlug sich vor Ausbruch der Märzrevolution, als die Gerüchte von zarischen Friedensbestrebungen sich verdichteten, auf die Seite der kriegstreiberischen bürgerlichen Parteien, die damals der Revolution Vorschub leisteten. Sein Name spielte wie der des jetzt verhafteten Fürsten Jusupow eine Rolle, als den Urheber des Rasputinmordes nachgefragt wurde. Als die Revolution ausbrach, verschwand Purischkewitsch aus dem Vordergrund der russischen Tagesgeschichte. Erst als die Gegenrevolution an die Arbeit ging, tauchte er wieder auf. Die ihm jetzt nachgelagte Verbindung mit Kaledin würde zu seinem politischen Charakter durchaus passen.

„Kowaja Schin“ meldet, daß der Volkszählende Hauptauschuß beschließen habe, sämtliche Blätter fürchten ungehindert erscheinen, mit Ausnahme von „Njetsch“, „Kowoje Wremja“ und einigen andern.

Wahlrechtsreform in England.

Rotterdam, 23. November. Der „Nieuwe Rotterdam“ meldet aus London: Das Unterhaus hat gestern mit 202 gegen 126 Stimmen das Proportionalwahlrecht abgelehnt.

Die Berner Zusammenkunft für dauernden Frieden.

Die Zusammenkunft von Parlamentariern und Gelehrten zum Studium eines dauernden Friedens wurde am Montag, den 19. November, durch herzliche Willkommensworte des Nationalrats Scherrer-Puckemann eröffnet. Sodann wurde die Beratung der verschiedenen Forderungen des Haager Rindschiprogramms aufgenommen, wie Schaffung einer internationalen, vollkommen unabhängigen Telegraphenagentur, und Abschaffung des Kriegesrechts als eines Teils des Völkerrechts.

Auf der Tagesordnung der Verhandlungen am Dienstag stand das Nationalitätenproblem. Insbesondere wurde der Entwurf besprochen, welchen die internationale Studienkommission im Juli in Kristiania ausgearbeitet hat.

Für den Grundgedanken des Entwurfs, wonach ein internationaler Vertrag die Rechte der nationalen Minderheiten schützen soll, ebenso für die österreichische Anregung, den Nationalitätenvertrag auf Grund des Personalitätsprinzips des nationalen Katasters zu regeln, fand sich die Übereinstimmung der Versammlung. Verschiedenerseits wurde gewünscht, den Schutz der Minderheiten durch Klagerichte vor einem internationalen Gerichtshof zu ergänzen. Gewalttätige Gebietsabtretungen seien zu verurteilen. Bei Verständigung der bezüglichen Regierungen über Gebietsabtretungen sei der Wille der Bevölkerung des abzutretenden Gebiets tunlichst zu berücksichtigen.

Am Mittwoch hielt der Reichstagsabgeordnete Göttsch ein Referat über die Notwendigkeit einer starken vertragsmäßigen Beschränkung der Rüstungen, die auf einer wechselseitigen allgemeinen Beschränkung der bezüglichen eintätigen Ausgaben aufzubauen und notwendig schon selber ein Bestandteil des Friedensvertrages werden müsse. Der Gegenstand wurde einem Ausschusse zur Aufstellung bestimmter Leitfäden überwiesen. Die Leitfäden lauten: Schon der Friedensvertrag müsse eine weitgehende sofortige Beschränkung der Rüstungen festsetzen. Diese Beschränkung werde sich dann mit der Durchführung der zwischenstaatlichen Organisation von selbst bis zur vollständigen Abklärung heigern. Die Zustimmung zu den aufgestellten Leitfäden war allgemein.

Prof. Schilling-Warburg sprach über den Ausbau des Haager Werkes. Er entwickelte an der Hand der vom holländischen Bureau der Zentralorganisation aufgestellten Thesen die Notwendigkeit sowohl die organisatorische Einrichtung der Haager Friedenskonferenzen, als auch für die Behandlung völkerrechtlicher Konflikte neue internationale Organe zu begründen. Die Versammlung erklärte sich mit den Grundideen des Referats von Dr. Kafai-Wadapet über die Notwendigkeit der Anerkennung durch die internationale Exekutive und ein Referat von Dr. Friedl-Wien über die Notwendigkeit allgemeiner internationaler Kooperation.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, die internationale Studienkonferenz werde später, und zwar wahrscheinlich in drei Abteilungen, zur Durchführung gelangen, von denen die erste in Bern, die zweite in Genf und die dritte in Wien tagen wird.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 22. November. Neue U-Boot-Erfolge in der Nordsee: 3 Dampfer und 1 Segler.

Von den drei Dampfern wurde einer aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Der Detonation nach zu urteilen, hatte er Munition geladen.

Eines unserer U-Boote hatte am 20. Oktober in der Nähe der englischen Ostküste ein Geleitzug mit einer englischen U-Boot-Flotte in Geleitzug eines eisernen Zweispanners mit Motor, in dessen Verlauf dem Segler zwei Treffer beibracht wurden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Das Treffen in der Deutschen Bucht.

Berlin, 23. November. Aus den mancherorts vorliegenden Berichten unserer Seestreitkräfte erhalten wir über ihren Zusammenstoß mit englischen Schiffen vor der Deutschen Bucht am 17. November folgendes Bild:

Am 17. 11. morgens trafen unsere die Deutsche Bucht sichernden leichten Streitkräfte unter Führung des Kommodors v. Reuter etwa 90 Seemeilen nordwestlich von Belgoland bei unsichrigem Wetter auf englische Seestreitkräfte und erhielten von ihnen Feuer aus schweren und mittleren Kalibern. Unsere kleinen Kreuzer und Torpedoboote trafen zur Sicherung der vor ihnen befindlichen Minensuchfahrzeuge und zur genaueren Feststellung des Gegners nach Nordwesten vor, während die schwerer bewaffneten Minensuchfahrzeuge sich plammäßig zurückzogen. Nachdem diese Ziele völlig erreicht waren, führten unsere Kreuzer und Torpedoboote mit dem Feind ein Gefecht auf südöstlichem Kurs, um den Anstoß an unsere rückwärtiger stehenden Kampf-

kräftigen Schiffe herbeizuführen. Die feindlichen Streitkräfte bestanden, wie durch unsere Schiffe und Flugzeuge festgestellt, aus Großkampfschiffen (Linienschiffe oder Schlachtschiffe) und einer größeren Zahl modernster kleinerer Kreuzer und Torpedobootszerstörer.

Im Verlaufe des Gefechts erhielten, wie einwandfrei beobachtet, die feindlichen Großkampfschiffe fünf Treffer, die feindlichen kleineren Kreuzer sechs Treffer und die Zerstörer drei Treffer. Einer der Treffer rief auf einem Schlachtschiffe eine Detonation mit hoher Stichflamme hervor. Der Schlachtschiffe drehte darauf hin ab und fiel für das weitere Gefecht aus.

Auf dem Kampffeld unserer kleineren Kreuzer geriet ein Teil unserer Minensuchfahrzeuge, die ihrer Verwendung entsprechend nur schwach bewaffnet sind, in ein etwa einständiges Gefecht mit sieben ihnen an Geschwindigkeit und Bewaffnung weit überlegenen englischen Zerstörern, in dessen Verlauf ein Zerstörer durch Treffer so schwer beschädigt wurde, daß er abdröhen und, wie später durch ein Flugzeug beobachtet, in Schlepptrossen genommen werden mußte. Weitere Treffer wurden durch abdröhen stehende, am Gefecht nicht beteiligte Minensuchboote beobachtet. Die englischen Zerstörer brachen daraufhin das Gefecht trotz ihrer erheblichen Überlegenheit ab, ohne auch nur einen Treffer auf einem unserer Boote erzielt zu haben.

Als unsere schweren Schiffe in Sicht kamen, brach der Gegner das Gefecht sofort ab und zog sich mit höchster Geschwindigkeit zurück. Er wurde von unseren Streitkräften verfolgt; doch gelang es bei dem inzwischen sehr unsichrig gewordenen Wetter nicht mehr, mit ihm in Gefechtsföhlung zu kommen.

Auch unsere Flugzeuge haben sich neben ihrer wertvollen Aufklärungsstätigkeit am Gefecht beteiligt und die englischen Großkampfschiffe erfolgreich mit Bomben belegt, wobei auf einem Großkampfschiff einwaudert ein Treffer festgestellt werden konnte. Ein anderes Flugzeug beobachtete einen brennenden feindlichen Schlachtschiffe.

Auf unserer Seite erhielt nur ein kleiner Kreuzer einen Treffer, der außer geringem Personalausfall die Gefechtsstätigkeit des Schiffes nicht beeinträchtigte. Ein Fischdampfer, der ausgelegt hatte, wird vermisst. Abgetrieben hierauf sind auf unserer Seite keinerlei Verluste oder Beschädigungen eingetreten.

Die Kämpfe an der Sinaifront.

Konstantinopel, 22. November. Amtlicher Tagesbericht.

Sinaifront: Nach den Befehlen bei Gaza und Bir Seba leisteten unsere Truppen bei den weiteren Operationen dem Gegner mehrfach Widerstand und brachten ihm mehrfach Verluste bei. Zurzeit stehen unsere Truppen hinter dem Rudscha- und Abu Ledschah-Schicht anstehend etwa in der Linie Dschenanije-Bei Elka-Karjetel-Inab Saha. Weiter südlich stehen sie mit Patrouillen des Feindes in Berührung. In einem ersten Gefecht kam es erst vorgehen wieder. In breiter Front und mit der Absicht, beide Flügel zu umfassen, griff der Feind am 20. 11. eine unserer Gruppen an. Mehr als eine Kavalleriebrigade und mehrere Infanteriebrigaden, unterstützt durch Artillerie und Kavallerie, legte der Gegner ein. Der Angriff scheiterte auf der ganzen Linie. An unserem rechten Flügel wurde der abgeschlagene Angreifer durch das geschickte Eingreifen von Reserven in Richtung Bei Saha flankiert und zum Zurückgehen gezwungen. Mehrere Maschinengewehre und Befehlsstände blieben in unserer Hand. An der Front wurden alle Angriffe abgelehnt. Die Umgebungsbeziehung gegen unseren linken Flügel wurde frühzeitig verhindert. Sonst keine Ereignisse von Bedeutung.

Ueber die Lage in Palästina wird in der „Nord. Wg. Ztg.“ gesagt, von einem nennenswerten Erfolg der Engländer könne nicht die Rede sein, aber trotz der Bittern an Befangenen und Beute sei die Lage keineswegs sehr optimistisch zu betrachten. Da indessen noch wie vor die Bedrohung des Flügels durch die Platte bestehen bleibt und die Engländer zahlenmäßig ganz bedeutend überlegen sind, so scheint es nicht ausgeschlossen, daß die rückwärtige Bewegung noch immer nicht endgültig zum Stehen gekommen ist. Daß es unseren türkischen Verbänden in dieser schwierigen Lage bauernd möglich sein wird, vorwärts Jerusalem dem feindlichen Ansturm standzuhalten, bleibt zu hoffen, aber unbedingt ist hiermit nicht zu rechnen. Falls es wäre es sogar ein Fehler, diese Stadt rein eibischer Gründe halber länger zu halten, als es die militärische Lage rechtfertigt, denn tollisch und strategisch hätte die Aufgabe Jerusalems keinerlei Bedeutung, obwohl sie naturgemäß sowohl in moralischer wie politischer Hinsicht außerordentlich bedeutsam sein müßte. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Truppen, die sich in dem den Berglande nordwärts Jerusalem hartnäckig halten wollten, nahezu aller rückwärtigen Verbindungen beraubt sein würden, denn von dort aus steht nicht nur die Höhenstraße über Tell Nsur auf Sichern zur Verfügung, die erst dort Anschluß an die Bahn findet. Die einzige Bahnverbindung von Jerusalem, die Streckbahn nach Chalba, ist nicht mehr der Einwirkung des Feindes entzogen. Ob es bei diesem mangelhaften Verkehrswegen möglich sein wird, der trotz aller Angriffe bisher sich standhaft behaltenden türkischen Armee rechtzeitig Reserven auf den langen rückwärtigen Bahnlinien zuzuführen, erscheint zweifelhaft; denn deren Zahl könnte überdies außerst gering sein, da auch der gesamte Nachschub auf die eine Bahn und die wenigen Straßen angewiesen ist. Jedenfalls aber liegt das Aufgeben Jerusalems im Bereich der Möglichkeit.

Amtlicher englischer Seereport. Nördlich von Jaffa ist keine Veränderung der Lage eingetreten. Am 19. wurde Kuchetelenab (5 Meilen westlich von Jerusalem) von Infanterietruppen der Territorialarmee mit dem Bajonett erobert und Beit Lita, das etwa fünf Meilen weiter nordwestlich liegt, von den türkischen Truppen eingenommen. Gestern waren unsere britischen Truppen vier Meilen westlich von Bireh an der Straße Jerusalem-Sichern in Föhlung mit dem Feinde.

Ein Zirkular der Unternehmerverbände zum Hilfsdienstgesetz.

Ein vertrauliches Rundschreiben eines Unternehmerverbandes, welcher der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände angehört, ist der Generalkommission auf den Schriftlich gelassen und wird soeben im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht. Es enthält einen Bericht über die vielen Klagen, welche auf der Geschäftsführerkonferenz der Arbeitgeberverbände in Nürnberg über das Hilfsdienstgesetz vorgebracht worden sind. Die Gut der Unternehmer richtet sich in erster Reihe gegen § 9, Abs. III des Gesetzes, der bestimmt, daß der Arbeitgeber zu erteilen ist, wenn der Arbeiter in der neuen Stellung sein Einkommen wesentlich zu verbessern vermag. Durch Eingabe vom 23. März 1917 haben die Unternehmerverbände das Kriegsamt ersucht, diese Bestimmung dahin abzuändern, daß der Arbeitgeber nur dann zugeprochen werden dürfte, wenn die bisherige Entlohnung nach den örtlichen Verhältnissen nicht angemessen war. Das neue Gehaltszirkular teilt über die Aufnahme dieser reaktionären Anregung mit:

Das Kriegsamt hat den Schlichtungsausschüssen von dem Vorschlag betreffend Angemessenheit der ortsüblichen Löhne

Kenntnis gegeben, diese aber abweisen darin einen Eingriff in ihre Zuständigkeit. Danach hat das Kriegsamt es ihnen anheim gestellt, den Vorschlag zu berücksichtigen. Vorbildlich ist das Verhalten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps, das entschieden hat, daß der Arbeitgeber nur dann zu erteilen ist, wenn es sich bei einem Stellenwechsel für den Arbeiter darum handle, aus einem unangemessen niedrigen Stand der Löhne herauszukommen.

Daß das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps wirklich eine solche Verfügung erlassen? Sie würde mit Sinn und Inhalt des Hilfsdienstgesetzes in keiner Weise zu vereinbaren sein.

Das geheime Rundschreiben verlangt weiter die Erhöhung der Wartezzeit für den ohne Abschied ausgetretenen Arbeiter von 14 Tagen auf 4 Wochen, die Geheimhaltung der Verhandlungen der Schlichtungsausschüsse und eine Fülle von anderen Verschlechterungen des Hilfsdienstgesetzes. Ein besonders breiter Raum wird den Schmerzen über die Angelegenheiten gewidmet, die sich immer mehr unvermeidlich entwickeln.

Im ganzen ist dieses Gehaltszirkular eine Warnung für die Arbeiter, welche nicht überhört werden sollte: die Unternehmer sind unermüdet an der Arbeit, die Rechtslage der Arbeiter zu verschlechtern und namentlich das Hilfsdienstgesetz zu verschärfen, das ihnen in keiner Weise gefällt. Da müssen die Gewerkschaften geschlossen und auf dem Posten sein, soll nicht die Arbeiterfrage Schaden nehmen.

Die Kriegsteilnehmer und das Wahlrecht.

Unsere getrigte Kritik „Die Kriegsteilnehmer gefährden den Staat!“ erweckt das Mißfallen der alldutschen Presse. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nennen sie „eine der üblichen Irrföhrungen des Vorwärts“ und wollen uns dadurch widerlegen, daß selbst Sozialdemokraten es abgelehnt haben, die Kriegsteilnehmer durch ein größeres Wahlrecht für ihre Teilnahme am Krieg zu belohnen. Diese Verdrehung unseres Gedankens ist eine der üblichen Irrföhrungen der Berliner Neuesten Nachrichten. Wir haben mit keinem Wort für die Kriegsteilnehmer ein höheres Wahlrecht im Staate gefordert als für andere Bevölkerungssteile, auch die Kriegsteilnehmer selber lehnen diesen Gedanken ab. Aber wie wie sie betrachten es als eine himmelstrebende Ungerechtigkeitz und eine unverantwortliche Zurücksetzung der Kriegsteilnehmer, wenn andere Leute auf Grund von Einkommen, Vermögen, Geburt usw. ein höheres Wahlrecht besitzen als der einfache Kriegsteilnehmer, der durch seine Aufopferung dem Staate weit mehr gegeben hat, als selbst der höchste Steuerzahler in Preußen. Und wenn ein konsequenter Verein eine „Gefahr für den Staat“ in einem Wahlrecht sieht, das praktisch angenommen die Entscheidung in die Hand der großen Masse der Kriegsteilnehmer legt, so erblicken wir darin ungeachtet aller Proteste von reaktionärer Seite heute wie gestern eine nichtswürdige Verteidigung der Kriegsteilnehmer.

Bethmann — der Teufelschreck.

Da Herr von Hertling für den Wägen der „Alldutschen Blätter“ noch nicht ganz reif zu sein scheint, den Herrn aber inzwischen die Zeit zu lang wird, so machen sie sich das Bestreben, den toten Bethmann Hollweg auszubuddeln, ihn wieder auf die Beine zu stellen und noch einmal totzuschlagen.

Sie wollen etwas lauten gehört haben, daß Herr von Bethmann berufen sei, das Reichsamt des Reiches abzulösen.

Was wir von dieser Ansicht denken, sind wir vorläufig zu höflich anzusprechen — welche Gefahr unser Vaterland dabei laufen würde, wenn der Verderber des Reichs und der Verschleuderer der Kronschätze wieder zur Macht käme, sei heute nicht erörtert.

Die lange Dauer des Krieges erzeugt bei manchen Leuten Zustände von Ohnmacht, die schon in ihrem eigenen Interesse einen baldigen Friedensschluß wünschenswert erscheinen lassen.

Seid höflich, höflich, höflich!

Wie wir erfahren, hat der Kriegsminister an sämtliche ihm unterstellte Dienststellen folgenden Erlaß gerichtet:

Jeder einzelne im Volke trägt an der Not des Krieges, niemand soll ihm die Last unnützlich vergrößern. Das geschieht aber, wenn Dienststellen im Verkehr mit dem Publikum dem Geheißer nicht in schneller, höflicher Weise helfen, sondern den Verkehr zur Quelle von Mißhelligkeiten und Mißstimmungen machen.

Wer so handelt, schädigt das Vaterland und zeigt, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Persönlichkeiten, die auch nach erfolgter Bekehrung fortfahren, ihren Mitmenschen das in dieser Zeit an sich schwere Dasein durch ihr Benehmen noch mehr zu erschweren, dürfen an diesen Stellen nicht geduldet werden.

Der Erlaß ist nur zu begründen, noch mehr werden wir es begrüßen, wenn sich seine Wirkungen als dauernd erweisen werden.

Letzte Nachrichten.

Duchonin oder Exlenko?

Wien, 23. November. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Bureau.) Lenin hat an die Soldaten und Matrosen der russischen Armee die telegraphische Mitteilung gerichtet, der Rat der Volkskommissare habe dem russischen Oberkommandierenden Duchonin am 20. November befohlen, allen Kriegsföhrern einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Der Oberkommandierende Duchonin, dem diese Depesche am 21. November nachts zugekommen sei, habe darauf bis zum Abend des genannten Tages nicht geantwortet, worauf Lenin im Auftrage des Rates der Volkskommissare von Duchonin Aufklärungen verlangt habe. Da dieser ausweichend antwortete, sei ihm befohlen worden, die Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes unverzüglich aufzunehmen, worauf er sich kategorisch geweigert habe. Sich diesem Auftrage zu unterziehen. Der Rat der Volkskommissare erklärte hierauf Duchonin für seines Postens als Oberkommandierender enthoben und ernannte Exlenko zum Oberkommandierenden.

Nach der Meldung der „Neuen Freien Presse“, die wir an die Spitze des Blattes stellten, hat sich Duchonin schließlich eines Besseren besonnen und das Angebot selbst gestellt.

Walsh fordert Entlassung.

Paris, 22. November. (Gagos.) In der Kammer brachte Walsh einen Antrag ein, einen Ausschuß von 23 Mitgliedern zu ernennen, mit dem Auftrag, zu prüfen, ob Grund vorhanden wäre, ihn (Walsh) vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Die Kammer nahm den Antrag an und beschloß, die Mitglieder dieses Ausschusses sofort zu ernennen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Erhöhung der Teuerungszulagen in den städtischen Wasserwerken.

Am 23. September d. J. haben die Arbeiter und Handwerker der städtischen Wasserwerke durch ihre Arbeitervereine und die Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, an die Stadterwaltung den Antrag gestellt, die Stundenlöhne um 15 Pf. zu erhöhen. Die Erzielung des Antrages ließ auf sich warten, so daß eine erneute Mahnung an den Magistrat notwendig wurde. Wie wir erfahren, hat der Magistrat nunmehr beschloffen, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. vorzunehmen. Die Auszahlung der erhöhten Lohnsätze wird sofort erfolgen. Außerdem findet eine Nachzahlung der Lohnerrhöhung ab 1. Oktober statt.

Erhöhung der Löhne in den städtischen Werken von Berlin-Lichtenberg.

Am 17. August stellten die Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker an die Stadterwaltung eine Reihe von Forderungen um angemessene Erhöhung der Lohnsätze. Magistrat und Stadterordnete beschloffen sich in mehreren Sitzungen mit dieser Angelegenheit. Nunmehr ist, wie uns mitgeteilt wird, die Lohnfrage in einer Weise geregelt worden, die wir als annehmbar und erfreulich bezeichnen können. Es werden, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. September, folgende Lohnerrhöhungen gewährt: Arbeiter bis zu einjähriger Dienstzeit erhalten 24, mit mehr als einjähriger 25 Pf. pro Stunde Zulage. Handwerker erhalten unterschiedslos 34 Pf. pro Stunde, Schichtarbeiter 1.84 M. pro Schicht Lohnzulage. Wochenlöhner, Vorarbeiter und Untermeister erhalten 12.60 Mark pro Woche Zulage. Arbeiterinnen erhalten 9 Pf. und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 10 Pf. pro Stunde Lohnzulage. Bei den Jugendlichen wird die Hälfte der Zulage nicht als Lohnzulage, sondern als „Kriegszulage“ bezeichnet. — Vom 18. Jahre an gelten die Jugendlichen als Vollarbeiter und erhalten auch die Löhne derselben. Neben dieser Lohnzulage bleiben die bisher bewilligte Kriegszulage sowohl wie die allgemeine Teuerungszulage nebst Kinderzulagen bestehen. Die allgemeine Teuerungszulage beträgt für Verheiratete 36 M. und für jedes Kind unter 18 Jahren 6 M. pro Monat.

Die städtischen Arbeiter Lichtenbergs können diesen Erfolg im wesentlichen auf die Tätigkeit ihrer Organisation und die Unterstützung der Arbeitervertreter im Stadtparlament zurückführen. Ein Grund mehr, durch festen Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation für die Sicherung und weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.

Deutsches Reich.

Konferenz der Tabakarbeiter.

Am 16. November kamen in Frankfurt a. M. die Funktionäre des freien, des christlichen und des Hirsch-Duncker'schen Verbandes zusammen, um Stellung zur Lohnfrage im gesamten Tabakgewerbe zu nehmen und ferner die Frage der Unterstützung der durch die Rohstoffmangelung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zu besprechen. Bezüglich der Lohnfrage muß vorausgeschickt werden, daß bereits im Frühjahr dieses Jahres eine von den drei Verbänden gemeinsam geführte

Lohnbewegung stattfand, deren Erfolg war, daß von fast allen Fabrikantenverbänden eine Teuerungszulage einschließlich der bereits gewährten Zulagen von 30 bis 35 Proz. zu bewilligen empfohlen wurde. In den meisten Fällen sind die Fabrikanten aller Branchen, auch jene, die nicht in den Unternehmerverbänden sind, dem Beschluß ihrer Organisationen nachgekommen, obwohl nicht verhehlt werden kann, daß sich immer noch einige Strömungen, die Zulagen auf den Satz von 30—35 Proz. anzuerkennen. Trotz der enormen Preissteigerung der Rohstoffe sind in Häfen, wo leider die Organisationen der Tabakarbeiter nicht oder nicht viel zu bedeuten haben, erst Zulagen von 10 bis 20 und 25 Proz. gemacht worden. Infolge der im letzten halben Jahr erfolgten ungeheuren Teuerung machte sich in der Tabakarbeiterarbeit ein ernstes Unbehagen geltend, da die Löhne mit den Preisen für alle Verbrauchsgüter in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander standen. Die Vorstände der drei Organisationen wurden von den Mitgliedern beauftragt, einzutreten, und hier und da kam es schon zu Einzelbewegungen, so daß der Situation Rechnung getragen werden und die drei Verbände Leitungen Mittel und Wege finden mußten zur weiteren Hebung des Einkommens der Tabakarbeiter.

Der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Cammann-Düffeldorf betonte denn auch in seinem Referat deutlich das Verhältnis des Einkommens der Tabakarbeiter zu den bestehenden Warenpreisen.

Die ausgedehnte Debatte drehte sich besonders um die Höhe der zu wünschenden Zulage und um die Frage, Lohnaufschlag oder Teuerungszulage. Die bisher gewährten Zulagen, obwohl sie von der Tabakarbeiterchaft stets auch während des Krieges als Lohnzulagen gefordert worden sind, wurden meistens als Teuerungszulagen gewährt. Die Verhältnisse in den einzelnen Branchen und Gegenden wurden eingehend geschildert. Schließlich kamen die versammelten Vertreter mit großer Mehrheit zu der Entscheidung, daß zwar nach wie vor die Lohnzulage am zweckmäßigsten zu wünschen sei, daß man in der Hauptsache aber Gewicht darauf lege, überhaupt eine angemessene Zulage zu erreichen. Die Konferenz einigte sich, mit folgenden Wünschen an die Fabrikanten heranzutreten:

1. Die während des Krieges gewährten Zulagen sind auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen.
2. Wir erwarten, daß die bewilligten Teuerungszulagen nach dem Kriege allgemein in feste Lohnzulagen umgewandelt werden.

Dann referierte Deichmann-Bremen, Vorsitzender des freien Verbandes, über: „Die Lage der arbeitslosen Tabakarbeiter und die Kriegsmobilisierungsfrage“. Infolge des Tabakmangels und der Betriebsbeschränkungen seien die Tabakarbeiter in eine unangenehme Situation gekommen. Redner erörterte die Arbeiterentlassungen infolge der Kontingentierung und ihre Wirkung nach verschiedenen Richtungen in Verbindung mit dem Schluß der berufstätigen Tabakarbeiter. Hinsichtlich der mangelhaften Unterstützung empfiehlt er, es mögen vor allem die Arbeiter in den betreffenden Orten mehr auf die Gemeindevertretungen einwirken, denn dort liege das Hindernis. Schließlich sei über auch eine Vorstellung der drei Tabakarbeiterverbände bei der Regierung zu empfehlen, damit von dieser Seite den eigenen Anordnungen mehr Nachdruck gegeben werde.

Die Debatte brachte insbesondere die Klagen verschiedener Bezirksleiter über die Nachlässigkeit der Gemeinden und ihrer vorgesetzten Körperschaften. Eine Reihe Einzelbeispiele wurden an-

geführt. So sei auch die Erzielung viel zu langsam. Mit dem Vorschlag, bei der Regierung vorzeitig zu werden, war man allgemein einverstanden. Weiteres Material zu dieser Frage sollen die Funktionäre der drei Verbände ihren Vorständen mitteilen.

Soziales.

Wohnungsseind im Kreise Waldenburg in Schlesien.

Schon im Jahre 1912 lag dem preussischen Abgeordnetenhaus ein Bericht über die Wohnungsnot im Kreise Waldenburg vor, in dem es heißt:

„Geradezu grauhaft ist das Wohnungsseind. Die Vergleiche wohnen zum größten Teil in wirklichen Mietskellern. 15, 18 und 20 Familien wohnen nicht selten in einem Hause. Die Mehrzahl der Vergarbeiterwohnungen besteht nur aus einem einzigen Raum. Die Einzimmerwohnung ist geradezu typisch. Das Wohnungsseind ruft furchtbare Krankheitserscheinungen, namentlich die Lungentuberkulose, in breitem Umfange hervor. Der Gesundheitszustand der Schulkinder ist besorgniserregend. Im Jahre 1907 waren nach schularztlichen Untersuchungen in der Stadt Waldenburg 85,2 Proz. und 1910 sogar 88,1 Proz. erkrankt. Dabei hat Waldenburg im Verhältnis zu den Landgemeinden noch günstige Verhältnisse.“

Inzwischen haben sich die Wohnungsverhältnisse nicht gebessert, sondern sogar noch verschlechtert. Nach den neuesten, während des Krieges gemachten Ermittlungen bestehen in der Stadt Waldenburg 78 Proz. aller Wohnungen nur aus einem einzigen Zimmer. Dieser Hundstall steigt in Dittersbach auf 78 Proz., in Wittwieser auf 89 Proz., in Ober-Waldenburg auf 92,5 Proz., in Gottesberg auf 97 Proz. und in Hermsdorf sogar auf 97,9 Proz. Man erlebt daraus, wie notwendig eine gründliche Erneuerung unseres Wohnungswesens ist.

Versicherungspflicht der Vorgeizner.

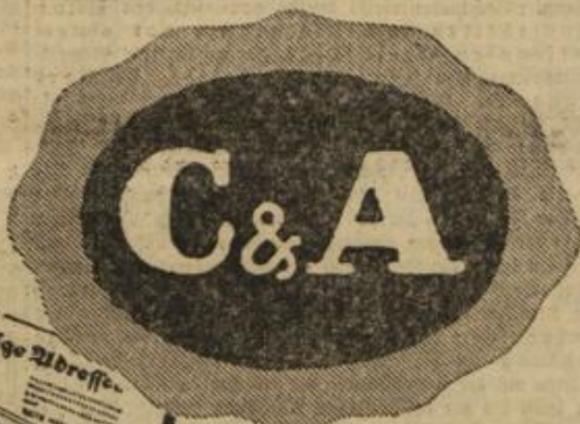
Ueber die Versicherungspflicht der Vorgeizner in der Angestelltenversicherung gehen uns vom Deutschen Vorgeizner-Verband, Sitz Dortmund, folgende Zeilen zu: Durch grundsätzliches Urteil des Oberlandesgerichts für Angestelltenversicherung vom 10. November 1916 Abz. P. 193/15, ist dahin entschieden worden, daß sämtliche Vorgeizner unter das Angestelltenversicherungsgesetz fallen und infolgedessen versicherungspflichtig sind, gleichgültig, ob dieselben auf Skizzen oder Werkstattsystem arbeiten. — Der hierzu als Sachverständiger gehörte Gewerbeinspektor kommt zu dem Resultat, daß die Vorgeizner keine rein mechanische oder niedere Tätigkeit ausüben, sondern dieselbe erfordere bei der ganz überwiegenden Mehrzahl der Angehörigen dieser Berufsgruppe eine soweit gehende geistige Tätigkeit, daß sie unbedingt dem Bureauangestellten in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugezählt werden dürften. — Diesem Gutachten hat sich das Oberlandesgericht durch Fällung des obigen Urteils angeschlossen und noch ausgeführt, daß eine Spezialisierung des Personenkreises ernstlichen Bedenken bediene. Nichtin sind alle Vorgeizner des Metallgewerbes versicherungspflichtig.

Verantwortlich für Politik: Erich Sattler, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Neudamm; für Inserate: Th. Giese, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann Wiedemann u. Verlagsgesellschaft Carl Giese & Co., Berlin SW, Stern 1 Seite und Unterhaltungsblatt.

Gute Inserate

allein genügen nicht. Sie können dem Geschäft wohl Interessenten zuführen, Ihren Zweck erfüllen sie aber erst vollkommen, wenn man beim Kauf — wie bei uns — auch die Ueberzeugung gewinnt, daß

unsere Ware hält, was unsere Anzeige verspricht!



DAMEN-KLEIDUNG

Rönigstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bodend Alexanderplatz Beim Statiner Bahnhof

Samstags geschlossen!

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché.
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadtbahn-
Behandlung von
Zubehören, Haut-
krankheiten, Frauenleiden, etc.
Sprechstunden 10
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielplan vom 16. bis 30. November:
Fritzi Frou, Mizzi Bardy, Carl Braun,
Gerty Bostany, Walter Bährmann.
Täglich 2 Kapellen
Anfang wochentl. 7^{1/4}, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.:
Moritzpl. 14553

Skunks - Stolas, Muffen
Harder, Nerg,
Alaska, Blau- u.
Weißfische,
Pelerinen,
40-200 Mk.
Ferner Herren-
Gehpelze.
Wagen-, Reisepelze. — Damen-Kostüme,
Elster, Mäntel, Herren-Garderobe sowie in
Lombard gewasene Uhren, Ringe, Brillanten,
silberne Taschen sehr billig.
Leihhaus Moritzplatz 58 a.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden
Orogen, Farben
Beckendorff
Fleisch- u. Wurstw.
Gelschmanns Centr.
Kolonialwaren
M. Saegerbarth
Möbelmagazine
Wiese & Co.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten
Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlmühlungen
Joh. Pietsch
Photograph. Ateliers
Th. Wenzel
Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Fleming
Alt-Straße 11, Fern- u. Post 5-8

Heilt unseren Verwundeten!
Ziehung 6. bis 11. Dez. 1917
Preuß.
Rote + Gold-Lotterie
17851 Goldgewinne bar ohne
Abzug M.
600 000
100 000
50 000
30 000
Lose 30 (Porto u. Liste)
versend. geg. Einsend. des
Betrag. mitt. Postanw. od.
Nachn. — nach d. Feld sind
Nachnahm. nicht zulässig
William Lemcke
Hamburg 36. R.

Cigarren, Cigaretten, Kantabake
Engros
F. Ernst Berch, Elsassstr. 21.
Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Rath. Messing- u. Röhrenwerk-Kell.
C. 35 Barisstr. 14, Fernsp. 12709
Bandagen, Gummiw.
R. Henke, Stralauer Str. 46.
E. Kraus, Kottbuserstr. 44.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Bäcker- u. Konditoreien
F. Kienewetter, Schivelbinderstr. 14.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 14
Lachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 114
Bierbrauerei, Bierhandlung
Brauerei Bützow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Rangos
Kottbuser- u. Teltow-
Bierbrauerei, Kottbuserstr. 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Füllien.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen
August Holtz 15 Detail-
Geschäfte.
Bade-Anstalten
Neukölln
Anzengruberstr. 24.
Koppenstr. 99
sämtliche Bäder.
Kottbuser-
Damm 72.
Reform-Bad, Wiener Str. 6.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkl Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palaststr. 27 Tel. 1421, 2032
Essigfabriken
Timmer-Essig
Sberall erhältlich!
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26
Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Fleisch- u. Wurstw.
Otto Koppel, Alte Jacobstr. 26
Horren- u. Knabengard.
J. Baer
Baderstr. 24, Ecke
Prinzen-Allee.
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Röhmann, P. Möllerstr. 46b, E. Seest
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-
Damm 18/19
Mehlmühlungen
Bethke, Georg, Kottbuser-
Damm 44-
Kottbuser-
Damm 44-
Kottbuser-
Damm 44-
Kottbuser-
Damm 44-
Gaeg, Otto Charlotten-
burg.
Wrangstr. 70
Ecke Currystr.
Optiker, Mechaniker
Schabert, Carl, Berlin, Bergstr. 140

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Maabit
98/193 u.
Ältester und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb
Photogr. Apparate
M. Albrecht
20, Kottbuser Str. 1
auch Golegenheltzstr.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
(Weine, Liköre, Fruchtsäfte)
Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., Adl-
Ges.
ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
Geschlechtskrankh., Haut-,
Harn-, Frauenleiden, nervös.
Schwäche, Boikranke.
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage) Behandl.
schnell, sicher u. schmerz-
los ohne Berufsstörung
in Dr. Hameyer & Co.
konz. Labor. f. Blutunters.,
Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb.
Königstr. 56/57, gegenüber
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.
Nur an Selbstverbraucher!
Friedens-schläuche 15 30
Erlange Sortiment reich. Otto
Postenrieder, u u g s b u r g
Schmidberg, 204/10